



Informationsdienst von Martin Kastler MdEP

Ausgabe 8 vom 18. Juni 2010

Inhalt:

- Parlament schafft Klarheit bei Lebensmittelimitaten und lehnt Ampel-Kennzeichnung auf Lebensmitteln ab
- Transportunternehmer müssen Arbeitszeiten einschränken
- Europa richtet neue Behörde für den Güterschienenverkehr ein
- Neuer SWIFT-Entwurf kommt wieder ins Parlament
- Europamedaille für Prof. Dr. h. c. Schoenauer von der Diakonie Neudettelsau
- 70. Jahrestag der Besetzung des Baltikums durch die Sowjetunion
- Besuchergruppen zu Gast im Straßburger Parlament
- Bessere Informationsmöglichkeiten über die EU für die Bürger
- EU - Schülerwettbewerb

Parlament schafft Klarheit bei Lebensmittelimitaten und lehnt Ampel-Kennzeichnung auf Lebensmitteln ab



(Foto: Martin Kastler und Gerd Distler beim Backtag in der Bäckerei Distler in Unterreichenbach)

Das Europaparlament hat am Mittwoch die Rechte der Verbraucher klar gestärkt. Bei der Abstimmung über die Kennzeichnungspflicht von Lebensmitteln wurde bestätigt, dass Lebensmittelimitate, wie etwa Analogkäse oder Klebeschinken, deutlich als solche ausgezeichnet werden müssen. In Zu-

kunft wissen die Bürger genau, ob das Produkt "echt" ist, oder nicht - und zwar auf der Vorderseite und nicht versteckt.

Mit breiter Mehrheit lehnte das Straßburger Plenum außerdem den Vorschlag der EU-Kommission ab, die so genannte "Ampel" auf Lebensmittelverpackungen verpflichtend zu machen. Diese irreführende Kennzeichnung mit den Farben rot, gelb und grün entbehrt jeglicher wissenschaftlichen Grundlage. Die Ampel ist nur eine Erfindung von Lobbyisten und EU-Beamten gewesen!

Die Ampel hätte dem Verbraucher zeigen sollen, ob die enthaltene Menge an Salz, Fett und Zucker gesund oder ungesund sei. Dadurch wäre beispielsweise naturtrüber Apfelsaft aus dem Bauernladen wegen seines natürlichen Fruchtzuckergehalts mit "rot" markiert worden. Cola light hingegen

hätte die Auszeichnung einer grünen Ampel erhalten. Das hätte den Verbrauchern vorgegaukelt, dass Cola gesünder wäre als Apfelsaft. Ich bin sehr froh, dass das Parlament diesen Unsinn stoppte.

Nicht vorverpackte, handwerklich hergestellte Frischprodukte, wie die Semeln vom Bäcker nebenan oder das Abendessen im Lieblingsrestaurant, bleiben von der Kennzeichnungspflicht ausgenommen. Das ist eine praxistaugliche Lösung, denn so werden regionale Spezialitäten erhalten.

Transportunternehmer müssen Arbeitszeiten einschränken



Angestellte Bus- und LKW-Fahrer sollen einen Mindestsozialschutz genießen, insbesondere, was übermäßig lange Arbeitszeiten und einen unregelmäßigen Arbeitsrhythmus angeht. Selbstständige aber haben meiner Meinung nach in dieser Richtlinie nichts zu suchen.

Entgegen dem Vorschlag der EU-Kommission stimmte das Europäische Parlament am Mittwoch in Straßburg über eine EU-Regelung zu Arbeitszeiten in der Transportbranche ab, die selbstständige Kraftfahrer einschließt. Im Ausschuss wurden bereits meine Änderungsanträge zurückgewiesen, im Plenum wurde dann der Bericht meiner slowakischen Fraktionskollegin

Edit Bauer mit 368 gegen 301 Stimmen, bei 8 Enthaltungen abgelehnt.

Für mich stellt es ein Fanal dar, dass erstmals Selbstständige in eine Arbeitnehmer-Richtlinie einbezogen werden. Die Fahrzeiten von allen Kraftfahrern, egal ob selbstständig oder angestellt, sind in Deutschland bereits seit April 2007 über die Lenk- und Ruhezeitverordnung geregelt.

Für die kleinen und mittelständischen Unternehmen bedeutet die gerade angenommene Verordnung hohe Kostenzuwächse. Das ist für mich das falsche Zeichen in der jetzigen Zeit.

Europa richtet neue Behörde für den Güterschienenverkehr ein

Das Straßburger Plenum hat am Dienstag der Einrichtung einer zentralen Aufsichtsstelle im Europäischen Bahnverkehr zugestimmt. Diese Entscheidung bedeutet, dass die Deutsche Bahn nicht mehr selbst entscheiden kann, wie sie ihren Frachtverkehr auf bestimmten Strecken abwickelt. In Zukunft muss sie einen Antrag bei der neuen europäischen Aufsicht stellen, die die Kapazitäten der Strecken koordiniert.

Zusammen mit meinen CDU/CSU - Kollegen im Parlament, habe ich noch versucht, den entscheidenden Artikel aus dem angenommenen Bericht zu entfernen. Wir wollten durchsetzen, dass die Deutsche Bahn ihren Betriebsablauf auch in Zukunft eigenverantwortlich ausführen kann. Jetzt aber gibt es wieder eine zentrale Stelle mehr, weniger Subsidiarität und mehr Bürokratie.

Das Plenum nahm am Dienstag den entscheidenden Artikel über die Aufsichtsstelle mit 454 gegen 163 Stimmen bei 18 Enthaltungen an.

Neuer SWIFT-Entwurf kommt wieder ins Parlament

Nachdem das Parlament am 11. Februar 2010 das SWIFT-Abkommen zwischen den USA und der EU abgelehnt hatte, mussten neue Verhandlungen einen neuen Entwurf hervorbringen. Am Wochenende hat sich die EU-Kommission mit der US-Regierung auf ein neues Abkommen über die Weitergabe von Bankdaten zur Terrorfahndung geeinigt.

Gemäß dem neuen Abkommen muss die USA ihre Anfragen an die EU möglichst präzise stellen. Dafür muss ein konkreter Terrorverdacht gegen eine Einzelperson vorliegen. Außerdem dürfen die Daten ausschließlich zur Terrorfahndung verwendet werden.

Trotz Verbesserungen im Vergleich zum vorherigen Abkommen, das das Parlament im Februar abgelehnt hat, bleibe ich bei meiner kritischen Haltung. Es ist weiterhin vorgesehen, ganze Datenpakete und keine einzelnen Daten herauszugeben, die dann auch noch fünf Jahre lang gespeichert werden dürfen. Die Bürger könnten auch weiterhin nicht gegen die Verwendung der Daten klagen. Außerdem wird die Herausgabe der Daten von keiner juristischen und unabhängigen Instanz kontrolliert, sondern von Europol, der europäischen Polizeibehörde, die der Exekutive der Europäischen Union angehört.

Der Zeitdruck, den die EU-Kommission und die USA gegenüber den Abgeordneten aufbauen, um möglichst schnell das SWIFT-Abkommen unter Dach und

Fach zu bringen, halte ich für unangebracht.

Europamedaille für Prof. Dr. h. c. Schoenauer von der Diakonie Neuendettelsau



(Foto: Martin Kastler l., Hermann Schoenauer r.)

Am 9. Juni verlieh ich in Brüssel dem Rektor der Diakonie Neuendettelsau, Herrn Prof. Dr. h. c. Hermann Schoenauer, die Europamedaille. Auch der Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei, Joseph Daul, dankte Schoenauer persönlich.

Die Diakonie Neuendettelsau trägt maßgeblich zur Integration der osteuropäischen Staaten bei. In meiner Laudatio stellte ich heraus, dass die Diakonie unter Führung Schoenauers zu einer Marke in der Metropolregion Nürnberg und in Bayern geworden ist.

Seit langem bin ich eng mit der Diakonie verbunden, seit letztem Jahr Beirat im Ökumenisch-diakonischen Arbeitskreis. Ich werde ihre Arbeit weiterhin intensiv begleiten und auf europäischer Ebene unterstützen. Schoenauer bedankte sich herzlich im Namen aller Mitarbeiter der Diakonie für die Auszeichnung, die zusätzlichen Mut für ihre Arbeit verleihe.

Die Europamedaille wird an Personen verliehen, die sich um die europäische Einigung in herausragender Weise verdient gemacht haben.

70. Jahrestag der Besetzung des Baltikums durch die Sowjetunion



Am Dienstag gedachte ich in Straßburg zusammen mit meinen Parlamentskollegen aus den baltischen Ländern (Foto v.l.n.r. Tunne Kelam (Estland), Martin Kastler, Arturs Krīšjanis Karinš (Lettland), Sandra Kalniete (Lettland), Vytautas Landsbergis (Litauen), und Inese Vaidere (Lettland)) der russischen Okkupation der baltischen Staaten im Juni 1940 sowie den ersten Massendeportationen aus Litauen, Lettland und Estland im Juni 1941.

In der Okkupationszeit wurden die baltischen Staaten in die Sowjetunion zwangseingegliedert, Kritiker und Demokraten von den Sowjets interniert, und in so genannten Gulags viele von ihnen ermordet.

Im Europäischen Parlament erinnert eine Tafel an die Opfer (siehe Foto).

Bessere Informationsmöglichkeiten über die EU

Seit kurzem können sich die Bürger Europas bei der Kontaktstelle "Europa für Bürgerinnen und Bürger" - kurz: KS EfbBB - besser über die EU informieren. In vier großen Aktionsthemen ist es den Bürgern nun möglich, sich strukturierter zu engagieren und zu vernetzen bzw. Förderungsanträge stellen.

Die EU reagierte mit den neu eingerichteten Kontaktstellen auf die große Nachfrage nach Informationen. Mit dem Programm soll außerdem das bürgerschaftliche Engagement in und für Europa unterstützt werden.

Die Generaldirektion Kommunikation der EU-Kommission und das Deutsche Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend finanzieren die neue Kontaktstelle.

Mehr Informationen finden Sie unter: www.kontaktstelle-efbb.de

Besuchergruppen zu Gast im Straßburger Parlament

Diese Woche waren neben der CSU Neuendettelsau, eine Schulgruppe aus Erlangen und eine Selbsthilfegruppe für Aphasiker aus Herzogenaurach (siehe Foto) zu Gast in Straßburg, um das Parlament von innen kennen zu lernen.



(Foto: Martin Kastler mit der Besuchergruppe Aphasiker e.V. Herzogenaurach)

EU - Schülerwettbewerb



Schüler im Alter von 15 bis 19 Jahren können noch bis zum 30. Juni an einem europaweiten Wettbewerb teilnehmen. Als "EU-Reporter" haben die Schüler die Möglichkeit, Videos zu drehen, in denen gezeigt wird, wo in ihrer Heimatstadt EU-Gelder eingesetzt werden. In der Jury sitzt u.a. der bekannte ARD-Korrespondent Udo van Kampen, der Chef des Studios in Brüssel.

Die Anmeldeformulare und weitere Informationen sind unter folgender Adresse abrufbar:
<http://ec.europa.eu/budget/competitions/jugendwettbewerb/index.html>

Impressum:

Martin KASTLER MdEP

Abgeordnetenbüro Brüssel

Parlement Européen

60, rue Wiertz, ASP 15E218

B-1047 Bruxelles

Tel. : +32 (0)2 28 47 53 8

Fax : +32 (0)2 28 49 53 8

martin.kastler@europarl.europa.eu

Folgen Sie Martin Kastler auf:



Redaktion:

Martin Kastler MdEP, Jana Fasinova, Maria Krämer, Tobias Englisch

V.i.S.d.P.:

Martin Kastler MdEP

Fotos: Europäisches Parlament, Europäische Kommission, Auswärtiges Amt, privat